4 / 2017

julimagazin

Jamaikanische Knackpunkte

Alles auf Anfang? Über den Start von Schwarz-Gelb in NRW

#LaKo89: Inhalte, Inhalte und noch mehr Inhalte!

Bildquelle: PolaRocket / photocase.de

„Zum Start“
02 Impressionen
Inhaltsverzeichnis
03 Vorwort, Impressum

„Zum Thema“
04 #LaKo89: Inhalte, Inhalte und noch mehr
07 Jamaikanische Knackpunkte
12 Alles auf Anfang? Start von Schwarz-Gelb in NRW
14 Entwicklungslimit aufheben
16 Mobbing ist kein Tabuthema

„Aus dem Verband“
18 Die neuen Mitglieder des LaVos
21 Interview mit Katrin
22 Interview mit Katharina
23 Interview mit Roman
24 Pressepinnwand

Liebe JuLis,

wir haben es geschafft! Das Superwahljahr 2017 haben wir mit Bravour gemeistert. Im Mai erst das tolle Ergebnis bei der Landtagswahl und dann im September der phänomenale Einzug in den Bundestag! Hättet ihr mit solchen Ergebnissen gerechnet? Sicherlich haben wir auch alle etwas dazugelernt – das erste Mal am Wahlkampfstand, auf einer Podiumsdiskussion oder sogar als Kandidat unterwegs.

Aber die tollen Ergebnisse, die die FDP eingefahren hat, bedeuten vor allem eins: Verantwortung. Und diese Verantwortung, die uns der Wähler auferlegt hat, gilt es zu tragen. Wir müssen Nordrhein-Westfalen fortschrittlicher gestalten und uns auch im Bund auf liberale Kernforderungen konzentrieren, denn deshalb haben die Wähler das Kreuzchen bei den Liberalen gesetzt.
Über diese Themen findet ihr auch einige Artikel in dieser Ausgabe.
Außerdem war im November wieder LaKo! In Bielefeld haben wir ein spannendes Wochenende mit Nachwahlen zum Landesvorstand und hitzigen programmatischen Debatten verbracht. Danke an Christian für die Fotos! Jens hat noch einmal die Beschlüsse vom LaKo zusammengefasst und Alexander das Thema Mobbing, zu dem Carsten Stahl referiert hat, näher beleuchtet.

Aber jetzt: Viel Spaß bei der Lektüre, eine besinnliche Adventszeit und einen guten Rutsch in 2018!

Eure Benita

junge liberale
Nordrhein-Westfalen

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag
Junge Liberale Landesverband NRW e.V.
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4925185
julimagazin@julis-nrw.de

Chefredaktion / V.i.s.d.P.
Benita Henning (benita.henning@julis-nrw.de)

Redaktion
Niklas Adams, Martin Bangard, Marc Bauer, Léon Beck, Constantin Borges, Katrin Helling-Plahr, Maximilien Kemmler, Katharina Kloke, Roman Müller-Böhm, Christoph Liesen, Eric Scheuerle, Tim Schütz, Alexander Steffen, Jens Teutrine

Fotos
photocase.com, Design.Sorgenfrei. UG (haftungsbeschränkt)

Gestaltung
Design.Sorgenfrei. UG (haftungsbeschränkt), Bochum

Druck
Design.Sorgenfrei. UG (haftungsbeschränkt), Bochum

Das julimagazin ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im julimagazin abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

#LaKo89: Inhalte, Inhalte und noch mehr Inhalte!

Für uns Junge Liberale ist es gute Tradition, dass wir unsere Mutterpartei inhaltlich mitgestalten. Nicht umsonst gilt unsere Jugendorganisation als „Ideenschmiede“ der FDP, in der viele heutige Forderungen ihren Anfang nahmen: So gehen beispielsweise die Legalisierung von Cannabis oder das liberale Bürgergeld ursprünglich auf Ideen aus unseren Reihen zurück, die nach viel harter Überzeugungsarbeit ihren Weg in die Beschlusslage der Freien Demokratischen Partei gefunden haben. Deswegen ist es besonders wichtig, dass wir als politische Jugendorganisation den Mut haben, neue Themen zu erschließen, Althergebrachtes zu überdenken, innovative Ideen zu entwickeln und klare Meinungen zur formulieren, damit wir in Zukunft unsere Mutterpartei

weiterhin inhaltlich mit jungliberalen Ideen vorantreiben können.

Beim vergangenen 89. Landeskongress am 18. und 19. November in Bielefeld kamen neben einigen Nachwahlen zum Landesvorstand und einer gelungenen Party selbstverständlich auch die Beratung von Anträgen nicht zu kurz. Gerne stelle ich euch in aller Kürze die Beschlüsse vor.

Klare Haltung zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz und „Hate Speech"-Paragraphen

Mit dem von der Großen Koalition beschlossenen Netzwerkdurchsetzungsgesetz werden Betreiber großer Social Media Plattformen zu einer Löschung problematischer und gemeldeter Inhalte verpflichtet. Wir sehen die dadurch entstehende Verlagerung der Rechtsdurchsetzung in die Hand von privaten Unternehmen als äußerst bedenklich und als eine mögliche Gefährdung der Meinungsfreiheit an und fordern deswegen die sofortige Abschaffung dieses Gesetzes. Eine Verschärfung bestehender Gesetze in Bezug auf „Hate Speech" lehnen wir ebenfalls ab, denn für uns gilt: Nicht neue und immer mehr Gesetze fangen Verbrecher, sondern die konsequente Durchsetzung bestehender Rechtsnormen. Justizbehörden sollen besser ausgestattet werden, damit die bereits ausreichende Rechtslage in den digitalen Medien durchgesetzt wird und Verstöße auf Grundlage des geltenden Rechts strafrechtlich verfolgt werden.

Klima marktwirtschaftlich schützen – Emissionshandel optimieren

Der Emissionshandel als markwirtschaftliches Steuerungsinstrument ist im Klimaschutz unsere liberale Antwort auf falsche Bevormundungs- und Verbotspolitik. Er nutzt die Innovationskraft des Marktes, um gleichzeitig möglichst effizient und effektiv das Klima zu schützen. Allerdings sehen wir notwendigen Optimierungsbedarf, sodass der Emissionshandel wieder zu einer wirksamen Methode wird. Mögliche Maßnahmen zur Anpassung wären eine flexible Anpassung der auktionierten Mengen, eine Abwertung der Zertifikate mit der Zeit, eine zeitlich befristete Gültigkeit der Zertifikate oder eine Erweiterung des Geltungsbereiches bei konstanter Zertifikatsmenge. Die Effizienz des europäischen Emissionshandels sollte durch eine Ausweitung des Geltungsbereichs, beispielsweise zunächst durch eine Pilotkooperation mit Kanada, erhöht werden. Da die externen Kosten der Stromerzeugung durch den Zertifikatehandel erfasst werden, ist die Stromsteuer als rein fiskalisch motivierte Abgabe abzuschaffen.

Nichts geht mehr? – Für ein neues Glücksspielrecht

Wir haben uns für eine konsequente Neugestaltung der Regulierung des Glücksspielsektors ausgesprochen. Als oberstes Leitprinzip gilt dabei die Ermöglichung eigenverantwortlichen Handelns eines jeden Einzelnen, ohne dabei die Spielsuchtprävention aus den Augen zu verlieren. Zudem soll das kompetenzielle Durcheinander zwischen Bund und Ländern endlich bereinigt und ein Verzicht auf die fortwährende Diskriminierung von Online-Anbietern sichergestellt werden. Darüber hinaus wird paternalistischen Lenkungssteuern eine entschiedene Absage erteilt. Zentral ist für uns aber auch der restlose Rückzug des Staates aus der unternehmerischen Tätigkeit auf dem Glücksspielsektor. Der Staat sollte nämlich in einer sozialen Marktwirtschaft als Schiedsrichter dienen und nicht selbst aktiv mitspielen, denn dies führt unweigerlich zu Interessenkonflikten.

Solidarität mit Israel: aktiv gegen Antisemitismus und Antizionismus!

Wir bekennen uns ausdrücklich zum Existenzrecht des Staates Israel. Dieses Existenzrecht ist für uns nicht nur auf dem Papier existent, sondern es muss mit Leben gefüllt werden. Israel sollte nicht nur wegen der historischen Verantwortung Deutschlands Ansprech- und Verhandlungspartner Nr. 1 im Nahen Osten für uns sein, sondern auch wegen der besonderen Verantwortung Deutschlands in unserer außenpolitischen Rolle als Ankerpunkt zur Sicherung von Frieden, Frei-

heit und Menschenrechten weltweit. Unter anderem fordern wir: die EU-Richtlinie zur „besonderen Kennzeichnung israelischer Produkte“ aus umstrittenen Gebieten zurückzunehmen, eine klare Haltung unter Einsatz rechtstaatlicher Mittel gegen die Organisation BDS („Boycott, Desinvestitions, Sanctions“) sowie jegliche Hilfszahlungen in die palästinensischen Gebieten einzustellen, sofern nicht sichergestellt ist, dass diese Zahlungen tatsächlich der Verbesserung der Situation der Zivilbevölkerung dienen.

Eigenverantwortliches Studieren

Nach einer sehr langen und leidenschaftlichen Debatte sprach sich der Kongress mit einer sehr knappen Mehrheit dafür aus, dass wir eine Neuregelung der gesetzlichen Grundlagen der Anwesenheitspflicht an Hochschulen nicht befürworten. Die Diskussion zeigte meiner Meinung nach aber ebenfalls, dass der Konflikt zwischen dem selbstbestimmten Lernen des einzelnen Studierenden und der Autonomie der Hochschulen für Liberale nicht zu vereinfachten Antworten führen darf. Insbesondere der bürokratische Aufwand für auf Diskussion angelegte Seminare und ähnliche wissenschaftliche Veranstaltungen sehen wir kritisch und ist deutlich zu reduzieren. Doch eins ist klar: Es bleibt eine umstrittene Frage in unserem Verband, aber uns eint das gemeinsame Ziel, unsere Hochschulen fit für die Zukunft zu machen, die Qualität der Lehre an unseren Universitäten zu verbessern und die Zukunftschancen der Digitalisierung zu nutzen.

Leihmutterschaften legalisieren

Beschlossen wurde auch die Legalisierung der Leihmutterschaft und der damit korrelierenden Eizellspenden in Deutschland. Die Leihmutterschaft kann es unserer Ansicht nach unfruchtbaren oder homosexuellen Paaren ermöglichen, sich den Wunsch vom eigenen, genetisch verwandten Nachwuchs zu erfüllen. Entgegen der aktuellen Rechtslage zu dieser Thematik sehen wir die Notwendigkeit, rechtssichere Regelungen, unter Berücksichtigung von strengen Grenzen zwischen altruistischen und kommerziellen Leihmutterschaften, der Verhinderung von Handel mit Leihmutterschaften und klarer familienrechtlicher Verhältnissen, zu schaffen, welche die Voraussetzungen und die Durchführung der Leihmutterschaft in einem klaren rechtlichen Rahmen bereiten. Dabei verfolgt eine Legalisierung in Deutschland das Ziel, mögliche Anreize zu minimieren, eine Leihmutterschaft in Staaten mit geringfügiger rechtlicher Absicherung für Mütter und Kinder durchzuführen.

Abschließend möchte ich insbesondere allen Antragstellern und Diskussionsteilnehmern des Landeskongresses für die Erarbeitung der Inhalte danken. Die inhaltliche Weiterentwicklung der JuLis ist ein nie endender Prozess, der einerseits sehr mühselig und anstrengend sein kann, aber andererseits viel Spaß macht und unseren Verband als politische Jugendorganisation maßgeblich prägt. Ich kann alle, die bis zu dieser Stelle gelesen haben, nur ermutigen, sich selbst programmatisch bei uns einzubringen. Bei Fragen könnt ihr euch gerne jederzeit an mich wenden. Die vollständigen Beschlüsse findet ihr auf unserer Homepage (julis-nrw.de/beschlusssammlung).

Jens Teutrine (24)
ist unser frischgewählter stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik und Bezirksvorsitzender in Ostwestfalen-Lippe. Der Bielefelder studiert an der örtlichen Uni Philosophie und Sozialwissenschaften. Ihr erreicht ihn unter teutrine@julis.de.

Jamaikanische Knackpunkte

Vielleicht war die Situation nach einer Bundestagswahl selten so knifflig wie in diesem Jahr. Nach dem unwürdigen Abgang der ehemaligen Volkspartei SPD in die Opposition besteht scheinbar nur noch eine Option auf die sogenannte Jamaika-Koalition. Doch die inhaltlichen und z.T. auch persönlichen Gräben sind tief. Welche Themen könnten bei dem bevorstehenden Sondierungsmarathon entscheiden? Ist ein Weg in die Opposition für die FDP ausgeschlossen? In der Folge möchte ich die Differenzen vor allem anhand der auf dem Bundesparteitag beschlossenen zehn Trendwenden erläutern und aufzeigen, in welchen Bereichen Annäherungen denkbar sind und wo dies weniger realistisch erscheint.

Weltbeste Bildung

Wer in dem Wahlprogramm der Union nach Quantensprüngen innerhalb des Themas

Bildung sucht wird enttäuscht: Jedem Kind soll ein Kitaplatz zustehen und diese sollen langfristig kostenlos sein. In diesem Punkt dürfte kein potentieller Koalitionspartner widersprechen. Auch von einem „Digitalisierungspakt“ ist die Rede: Schulen sollen digitaler ausgestattet werden. Details sind hier leider Mangelware; die CDU bleibt ihrer Tradition aus dem Wahlkampf treu und sagt lieber nichts Konkretes. Einzig aus Interviews mit Peter Altmaier ließ sich erahnen, dass die Abschaffung des Kooperationsverbotes zwar sein langjähriges Ziel war, obwohl er dies für nicht umsetzbar halte. Die Grünen hingegen möchten mehr Lehrerstellen schaffen und auch in die Digitalisierung investieren. Auch die Abschaffung des Kooperationsverbotes ist ein Hauptziel der Grünen. Das Thema Bildung dürfte somit in den groben Eckpfeilern wenig problematisch sein. Einzig der Aspekt der Inklusion, der von den Grünen deutlich forscher und verpflichtender angegangen werden soll, erscheint als Problem.

Digitalisierung als Chance

Auch das Thema Digitalisierung könnte auf Basis der Wahlprogramme unproblematisch werden. Den Glasfaserausbau vorantreiben möchten im Grundsatz alle, wobei sich gerade die FDP und die Grünen in der Art und Weise der Finanzierung (Verkauf der Staatsanteile an Post und Telekom) einig sind. Die CDU dürfte sich gegen einen Verkauf sträuben. Doch dies wird kein Knackpunkt werden. Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung liegt auch allen Parteien am Herzen. Hier wird die FDP als Ideenmotor gefragt sein und wird sich in jeder Frage der Digitalisierung mit den Befürchtungen der Grünen, mehr Arbeitsplätze würden verloren gehen als neue entstehen, auseinandersetzen müssen. Auch die grundsätzliche Herangehensweise der Grünen um Digitalisierung umzusetzen wiederspricht den Gesetzen des freien Marktes. Anstatt die Unternehmen im Sinne der eigenen Gewinnmaximierung arbeiten und voranschreiten zu lassen drohen hier verbindliche Gesetze, die ähnlich aufgebaut werden könnten wie das geplante Verbot der Verbrennungsmotoren. Ob diese Form der Gesetzgebungen jedoch gegen den Widerstand der anderen Parteien realistisch ist, bezweifle ich. Fazit: Digitalisierung wird auch kein unüberwindbares Problem!

“Klar ist: Die Bürger müssen sich wieder sicherer fühlen. Klar ist: Es soll mehr Polizei geben. Relativ klar erscheint auch, dass zukünftig auch die mittlere Reife für eine Karriere bei der Polizei ausreichen wird.”

Faire Balance zwischen Bürger und Staat

Im Gegensatz stehen vor allem die liberalen Forderungen nach Steuerentlastungen und die tendenziell linken Forderungen der Grünen nach einer Erhöhung des Mindestlohns. Die CDU spricht nicht von einer Steuersenkung, möchte jedoch auch den Mittelstand entlasten und die Bedingungen für Start-Ups und Wagniskapital verbessern. Auch bei den Einnahmen durch Kapitalerträge liegen die Grünen durch ihre Forderung nach einer Angleichung an den Einkommenssteuersatz im Kontrast zu den drei weiteren Fraktionen. Zudem könnte die Forderung nach einer Vermögenssteuer der Grünen auf starke Ablehnung treffen. Klar ist, dass hier zwei Systeme (grüne Umverteilungspolitik und liberale Gerechtigkeitsdefinitionen) aufeinandertreffen,

die konträr zueinander verlaufen. Hier müsste geschickt verhandelt werden, obwohl unter allen Umständen mindestens ein Koalitionspartner gegen die eigenen Überzeugungen handeln müsste.

Durchsetzungsfähiger Rechtsstaat

Klar ist: Die Bürger müssen sich wieder sicherer fühlen. Klar ist: Es soll mehr Polizei geben. Relativ klar erscheint auch, dass zukünftig auch die mittlere Reife für eine Karriere bei der Polizei ausreichen wird. Extreme Verwerfungen dürfte es aber gerade bei dem Thema Datensicherheit geben. Eine Vorratsdatenspeicherung, zunehmende Videoüberwachung und Datenerfassung dient lediglich aus Sicht der Union der Sicherheit. In diesen Fragen dürfen gerade wir Liberale nicht von unserem Standpunkt abrücken und müssen weiter für die Rechte unbescholtener Bürger kämpfen. Eine bessere europäische Kooperation dürfte hier kein Problem werden.

Liberale Einwanderungspolitik

Das Bekenntnis Merkels zu der Obergrenze für Einwanderung ist ein Armutszeugnis für die CDU. Wie so oft wird auch hier der Wähler offen angelogen, hieß es noch vor der Wahl eine Obergrenze werde mit CDU definitiv nicht eingeführt. Die Bedeutung eines viel exakteren und menschenrechtlich einwandfreien Einwanderungsgesetzes ist hingegen ungemein höher. Selbst die Grünen konnten inzwischen von dieser Idee überzeugt werden. Aus meiner Sicht verläuft in der Frage der Einwanderungspolitik eine klare rote Linie: Einigt sich die FDP auf diese Obergrenze, verkaufen wir unsere Werte. Der Kompromiss ist grundsätzlich eine politische Lebensversicherung. In diesem Falle wäre eine Obergrenze jedoch ein fauler Kompromiss! Zudem bestehen hier weitere kritische Themen. (Stichwort: Burkaverbot oder Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer)

Vernünftige Energiepolitik

Im Ziele einig, im Wege getrennt. So lässt sich die Situation treffend zusammenfassen.

“Die FDP war und ist ein Verfechter eines modernen aber verantwortungsbewussten Europas.”

Gerade zwischen der Vorgehensweise in der Energiepolitik herrscht Spaltung: Auf der einen Seite steht der (vor allem am linke Flügel ausgelebte) grüne Subventionsgedanke, der auf EEG-Umlage, engen Vorschriften und einem Staat beruht, der die Wirtschaft zu ihrem vermeidlichen Glück zwingt und für den Technologieoffenheit ein Fremdwort ist. Auf der anderen Seite steht der Gedanke der Lösung über den Markt, in dem der Staat zwar Normen und Ziele vorgeben kann aber nicht das Management der Unternehmen als Marionetten degradieren möchte. Hier wird es schwierig, den Grünen bei ihrem Kernanliegen von ihrer Philosophie abzubringen.

Flexibler Bürgerstaat

Martin Schulz warf Angela Merkel im Wahlkampf immer wieder vor, die Rente mit 70 werde unter ihr eingeführt. Sie verneinte vehement. Das Verneinungen der Kanzlerin jedoch Schall und Rauch sind zeigte einmal mehr die Obergrenze. Fakt ist: Die FDP sollte diese Pflicht nicht mittragen. Flexibilität heißt das Stichwort. In NRW hat die schwarz-gelbe Landesregierung hier schon erste Erfolge erzielt und aus der Zeit gefallene Gesetzmäßigkeiten für Arbeitnehmer flexibilisiert und in das 21. Jahrhundert geholt. Diesen Weg auch im Bund einzuführen wäre tatsächlich eine Trendwende. Z.T. sind auch die Grünen für eine flexiblere Arbeitswelt oder flexible Renteneintritte. Jedoch nicht in allen Bereichen: Flexibilität und sichere Einkünfte werden verhindert, sollte Leiharbeit nur noch in Ausnahmefällen ermöglicht werden. Auch bei der Rente, die in Form einer grünen

Bürgerversicherung aufgebaut werden soll, werden die Verhandlungen schwierig.

Moderne Gesellschaft

Die CDU als Vorreiter einer modernen Gesellschaft zu sehen wäre natürlich Ironie. Dennoch sehe ich sowohl beim Thema der Cannabis-Legalisierung als auch bei Aspekten einer verbesserten Work-Life-Balance und einem leichteren Zugang zu moderner Reproduktionsmedizin sowie rechtssicherer Palliativmedizin große Chancen eines Jamaika-Bündnisses. Möglicherweise kann gerade hier die Union dazu bewegt werden Veränderungen zu bewirken.

Europa bleibt unsere Zukunft

Die Stimmen über eine angeblich antieuropäisch eingestellte FDP wurden gerade in der letzten Zeit immer lauter in den Medien. Kaum eine Aussage könnte weniger der Realität entsprechen: Die FDP war und ist ein Verfechter eines modernen aber verantwortungsbewussten Europas. Alleine das Vermächtnis großer Europäer innerhalb unserer Partei sollte uns daran erinnern, dass wir für ein Europa kämpfen, welches die großen Probleme gemeinsam angeht. (z.B. der Schutz der Außengrenze oder die bessere Kooperation der Sicherheitsbehörden) Das wir jedoch ein Solidarsystem Europa in einer Extremform ablehnen ist nicht antieuropäisch, sondern verantwortungsvoll und vernünftig. Auch wenn Differenzen zu den potentiellen Koalitionspartnern bestehen, wird es Deutschland gelingen, die sinnvollen Teile des Macron-Europaplans umzusetzen und die weniger sinnvollen Ideen kritisch zu hinterfragen. Dennoch würde mir ein eventuelles grünes Außenministerium ein leicht flaues Gefühl im Magen bereiten.

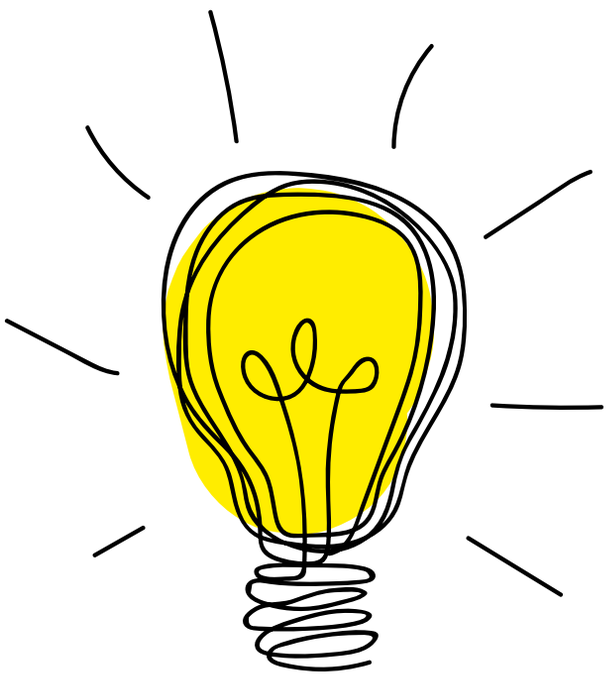
Verantwortung in der Welt

Kaum thematisiert werden im Moment die Differenzen in den außenpolitischen Strategien der Parteien. Während die CDU gerade bei der Türkei viel zu wenig Konsequenz gezeigt hat, fordern die Grünen eine größere Distanz zu Russland. Beide Taktiken sind ungeschickt. Da steht auf der einen Seite ein Machthaber, der sultanistische Strukturen herbeisehnt und fernab jeglicher konstruktiven Dialogbereitschaft immer wieder deutsche Staatsbürger inhaftiert. Hier müssen wir in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern EU-Verhandlungen sofort abbrechen und Reisewarnung weiter ausbauen. Nur die Sprache der Taten versteht Erdogan. Auf der anderen Seite müssen wir weiter mit Russland im Gespräch bleiben. Hier muss eine neue mögliche Koalition schnell eine gemeinsame Linie finden, die unserer Verantwortung in der Welt gerecht wird.

Als Fazit lässt sich sagen, dass gerade die Themen Einwanderung, Steuerpolitik und Bürgerrechte Beispiele für Themen sind, die Sondierungsgespräche zu einer großen Herausforderung werden lassen. Aber auch die Außenpolitik muss einheitlich gestaltet werden. Als Liberale sollten wir daher aus unseren Fehlern lernen und einen Gang in die Opposition als Chance wahrnehmen, sofern nicht eine klare liberale Schönschrift einen Koalitionsvertrag und die Politik der nächsten vier Jahre prägen wird.

Tim Schütz (20)
ist dualer Student bei einem Baukonzern in Essen, seit der Beendigung seiner Ausbildung Mitglied der FDP und der Julis. Er ist stellvertretender Bundesarbeitskreisleiter Verkehr & Umwelt. Ihr erreicht ihn unter schuetz.tim97@gmail.com.

Welches Thema soll im nächsten julimagazin behandelt werden?



Scann‘ einfach diesen QR-Code ein und stimm‘ über den Schwerpunkt der kommenden Ausgabe ab!

Alles auf Anfang?

Über den Start von Schwarz-Gelb in NRW

Wahlkampf lohnt sich. Die Freien Demokraten haben mit 12,6% ihr bestes Ergebnis aller Zeit erzielt. Den höchsten Stimmanteil bekamen sie bei den Jungwählern. Mit Moritz Körner und Alexander Brockmeier sind beide Juli-Spitzenkandidaten im Landtag, als jüngster und zweitjüngster Abgeordneter. Das ist ein Grund zur Freude, aber bedeutet auch große Verantwortung, den Erwartungen der Wähler gerecht zu werden.

Schwarz-Gelb: Vom Automatismus zur Zweckkoalition

Der große Zuspruch für die Freien Demokraten hat dazu beigetragen, dass es eine hauchdünne Mehrheit für eine Koalition aus CDU und FDP gibt. Früher galt die Devise: Wo immer Schwarz-Gelb möglich war, wurde auch entsprechend regiert. Diese einseitige Bindung an die Union war ein Fehler. Peinlich berührt blicken wir heute auf den Wahlkampf 2013 zurück, in dem es hieß, dass wer Merkel wolle, auch FDP wählen könne. Wer sich so klein macht, wird auch keinen großen Zuspruch der Wähler mehr bekommen. Nicht nur taktisch, sondern auch inhaltlich ist diese Bindung falsch. Die FDP ist die Partei der Mitte, und steht eben zwischen Union und SPD. Die wirtschaftsliberalen Inhalte lassen sich meist besser mit der Union durchsetzen, aber bei Bürgerrechten ist die SPD oft der bessere Ansprechpartner. Koalitionsfragen sind deshalb immer eine Frage des Einzelfalls und der jeweiligen Verfassung der beiden großen Parteien (und eventuell noch der Grünen, wenn diese ebenfalls für eine Koalition benötigt werden). Das gilt umso mehr, als dass die FDP besonders stark ehemalige SPD- und Grünenwähler von sich überzeugen konnte.

In NRW ging es nun trotzdem recht schnell über die Bühne mit der Regierungsbildung. Das lag sicher auch daran, dass gegenüber der auf vielen Gebieten katastrophalen Bilanz von Rot-Grün sich schnell ein Gegenkonzept formulieren ließ. Die Ampel in Rheinland-Pfalz, Jamaica in Schleswig-Holstein und die Absage an eine Koalition in Baden-Württemberg zeigen aber deutlich: Die FDP ist eine unabhängige Kraft, nicht der Mehrheitsbeschaffer.

Alles wie 2005?

NRW ist das selbsternannte Stammland der SPD. Seit 1966 hat sie den Ministerpräsidenten gestellt, unterbrochen nur von der einen Amtsperiode des schwarz-gelben Kabinett Rüttgers. Eine solche Tradition ist schwer zu ändern. Eine Einsicht ist, dass man nicht über Nacht das Land umkrempeln kann, das wollen die Wähler auch nicht. Das mag manchmal frustrierend sein. So ist die Lage bei der Polizei, den Schulen und Kitas so dramatisch, dass die aus liberaler Sicht besonders wichtige Haushaltskonsolidierung zunächst nicht absoluten Vorrang haben kann. Das schnell geschnürte Rettungspaket für in finanzielle Not geratene Kitas ebenso wie ein Programm zum Stopp der Schließung von Förderschulen sind wichtige Signale. Nicht die reine Rückabwicklung rot-grüner Vorhaben, sondern eigene Schwerpunktsetzungen sind das richtige Mittel. Mit der Auswahl der Ministerien hat die FDP hier ein glückliches Händchen bewiesen. Um beste Bildung und Digitalisierung, zwei zentrale Wahlkampfthemen, kümmern sich Yvonne Gebauer und Andreas Pinkwart. Ein wichtiges Signal ist es auch, dass die FDP, eher ungewohnt, das Familien- und Integrationsministerium übernimmt, und dieser Aufgabe dem stellvertretenden Ministerpräsidenten, Joachim Stamp, überträgt.

Lob und Kritik zum Koalitionsvertrag

Der schnell, aber nicht überhastet ausgehandelte Koalitionsvertrag ist in weiten Teilen mit klar liberaler Handschrift geschrieben. Als eine der ersten Maßnahmen wurde

ein Entfesselungspaket, dass Gründer, Bauherren und Gastronomen von überflüssiger Bürokratie befreit. Die Hochschulen bekommen mehr Freiheiten, auch die Schulen dürfen eigenständig pädagogische Schwerpunkt setzen. Aus Sicht der Julis ist die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten ein großer Erfolg. Vor allem setzt die neue Landesregierung mit der Schaffung eines direkt gewählten Jugendparlaments ein klares Signal an jungen Menschen, sich politisch einzubringen.

Dennoch gibt es einige Kritikpunkte, die gerade aus Sicht der Julis angesprochen werden müssen. Im Wahlkampf hat die FDP für allgemeine nachgelagerte Studiengebühren gekämpft, und die Grünen in Baden-Württemberg dafür kritisiert, dort nicht-nachgelagerte Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländern eingeführt zu. Nun genau dasselbe zu machen, führt zu einem Glaubwürdigkeitsproblem. Ein ungewöhnlicher Kompromiss wurde auch im Dauerstreit um das Abitur erzielt: Statt einer Leitentscheidung für G8 (CDU) oder vollständiger Wahlfreiheit (FDP) wurde nun eine Leitentscheidung für G9 verkündet; es wird damit gerechnet, dass 90% der Schulen zu G9 zurückkehren, mit allem damit verbundenen Umstellungs- und personellem Mehraufwand. Die Julis NRW sollten ihr Konzept zur Modularisierung der Oberstufe weiter hochhalten, dass die Frage nach G8 oder G9 zu einer Entscheidung des einzelnen Schülers und damit als staatliche Leitentscheidung überflüssig macht.
Sehr erfreulich ist, dass sich die FDP mit der Forderung nach einer Bundesratsinitiative für ein längst überfälliges Einwanderungsgesetz durchsetzen konnte. Durch die Zuständigkeit für das Asyl- und Ausländerrecht im Ministerium von Joachim Stamp können hier liberale Akzente gesetzt werden: Kein Abschottungskurs, wie er in der CDU seit der Bundestagswahl verstärkt diskutiert wird, aber auch kein die innere Sicherheit und das Vertrauen in den Rechtsstaat gefährdende Chaos mehr, für das Innenminister Jäger stand. Stattdessen ein Kurs mit Maß und Mitte, der Perspektiven für Integration aufzeigt, Integrationswillige fördert, Integrierte nicht abschiebt (wie die aus Afghanistan zurückgeholte Schülerin Bivsi), zugleich aber auch gegen Kriminelle mit der notwendigen Härte vorgeht.

Liberale Perspektiven im größten Bundesland

Schwarz-Gelb löst bei vielen Bürgern Erinnerungen aus an die unglückliche Regierungszeit im Bund von 2009 – 2013. Von der Koalition im Bundesland mit den meisten Einwohnern kann und muss ein Signal ausgehen: Die FDP trägt Verantwortung und dazu bei, dass NRW nicht mehr das ewige Schlusslicht ist in beliebigen Bundesländer-Rankings. Gelingt das, kann sie Vertrauen zurückgewinnen und dem Wählerwunsch entsprechen.

Fünf anstrengende Jahre liegen vor uns. In dieser Amtszeit stehen große Aufgaben bevor. Am Ende dieser Legislatur kann nicht alles perfekt sein, aber ein großer Schritt in die richtige Richtung ist möglich. Ein Schritt auf dem Weg zu einem Land mit bester Bildung, guter Infrastruktur, attraktiven Bedingungen für Studenten, Familien, Gründer und Unternehmen. Ein Land, in dem wieder Vertrauen in den Rechtsstaat herrscht.
Wir Julis haben die Möglichkeit, die Zukunft NRWs aktiv mitzugestalten. Das gute FDP-Ergebnis ist eine besondere Legitimation, die Interessen junger Menschen in den Vordergrund zu stellen. Nutzen wir sie!

Marc Bauer (22)
studiert Jura im 9. Semester und leitet das Landesarbeitskreis Liberale Strafrechtsreform. Ihr erreicht ihn unter bauer@lhg-nrw.de.

Entwicklungslimit aufheben

„Fortschritt bezeichnet eine -zumeist im positiven Sinne verstandene- Änderung eines Zustandes. Fortschritt und Innovationen begünstigen einander.“ meinte schon Wikipedia. Für mich bedeutet es Entspannung: Durch ein mobiles Gerät, das ich online bezahlt habe, sehe ich die beste Verbindung nach Tokio, buche sie während einer ICE4-Fahrt und kann mich wieder zurücklehnen. Ob Gesundheit, Finanzen oder wie hier hauptsächlich Mobilität -die meisten Ressourcen sind erschöpflich und werden knapper, sodass ich mich stets über höhere Effizienz bezüglich eines sinnvollen Zieles freue (bin halt Unternehmersohn und dann auch noch BWLer). Politisch und auf JuLi-Gebiet bezogen bedeutet das Öffnung für Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), übergreifende Finanzierung von UN- bis Kommunalebene und Wege, die in einem von der Kirche angeblich getrennten Staat kein Problem mit ersterer sein sollten. Gegen ÖPP sein, weil ein Projekt ohne Vergleich auch negative Ergebnisse hatte? Abtreibungen tolerieren aber gegen Stammzellenforschung sein, weil das ja Mord sei. Oder aber -mein persönliches Highlight- auf Bundesebene Schulen im Ausland für Ausländer finanzieren, aber auf nationaler Ebene nicht darunterliegende Ebenen unterstützen, weil die Gesetzeslage nicht passt. Bei der Anzahl und Simplizität von Ausreden seitens der Verantwortlichen käme ich mir im aktuellen Jahrhundert für dumm verkauft vor. Als ob ich mich oder jemand anderes, der ebenfalls nicht hart gegen eine Wand gelaufen ist, damit abfinden würde. Ich bin noch in der Lage, solche Blockaden auszuhebeln oder mich nicht mit ihnen befassen zu müssen, aber andere werden in ihrem Wahlverhalten trotzig, rebellieren physisch oder sind skeptisch, wenn Lösungen von Dritten in Reichweite kommen.

Da wir auf allen Ebenen im Wettbewerb stehen und Mittelmaß nicht unser Anspruch sein sollte, ist Fortschritt das Licht, unter dem alle Bereiche stehen sollten. Ob 5G in Estland, Sterbehilfe in Belgien oder autonomes Fahren in der Schweiz: Man braucht nicht mal Europa verlassen und sieht die Konkurrenz, die nicht immer mehr Budget, bessere Entwickler und offenere Gesellschaften hat. Eine Rumänin meinte in einer internationalen Runde, dass ihr Land zwar Fortschritte machen würde, aber andere Länder ebenso oder gar mehr. So dürfen wir uns nicht darauf ausruhen, dass wir den Euro haben, viele Länder visafrei bereisen können und bei den Finanzen besser als Frankreich aufgestellt sind. Deutschland ist kein ausreichender Binnenmarkt mehr und wird es immer weniger. Dank umgehender & tiefgreifender Digitalisierung sowie prallen Geldsäcken haben wir die Chance, einen signifikanten Sprung zu tätigen. Bei Zeiten wünsche ich trägen Entscheidern den eigenverantwortlichen Umgang mit Themen, sodass sie nicht, sobald sie Neues hören, geradezu reflexartig absagen.

Weil andere auf die gleichen Züge springen, liegt es an uns, sich an die Spitze zu setzen. Ob autonomes Fahren der Stufe 5 (Außer dem Festlegen des Ziels und dem Starten des Systems ist kein menschliches Eingreifen erforderlich.), kontaktloses Bezahlen via NFC, Algenkraftwerke, OLED, Gbit/s-Internet oder Versuche an Embryonen -auf den Abstand zu den Zweitplatzierten schaut der Abnehmer. Es ging mir runter wie Wagyu-Filet, als ich im NRW-Koalitionsvertrag zu Digitales, Verkehr und Bürokratie las.

Christoph Liesen (22)
kommt aus Unna, ist für Internationales allzeit zu haben und ist programmatisch bei Digitalisierung sowie Automobiles zuhause. Ihr erreicht ihn unter c.liesen@gmx.de.

BV
Düsseldorf

Mobbing ist kein Tabuthema

Der Landeskongress in Bielefeld hatte neben den Nachwahlen zum Landesvorstand und intensiven programmatischen Debatten noch ein weiteres Highlight zu bieten: den Auftritt von Carsten Stahl. Stahl, der einigen JuLis durch die Fernsehserie „Privatdetektive im Einsatz“ bekannt gewesen sein dürfte, hat sein Programm „Camp Stahl“ vorgestellt, welches sich dem Kampf gegen Mobbing verpflichtet hat.
Stahl hat emotional und authentisch die schlimmen Folgen von Mobbing beschrieben, indem er auch von seinen eigenen Erfahrungen und denen seines Sohnes erzählte. Jeder hat schon einmal mit Mobbing zu tun gehabt – egal auf welcher Seite. Carsten Stahl beschwerte sich berechtigterweise, dass die Schulen und Lehrer Mobbing viel zu oft tolerierten und verschwiegen, weil sie Angst vor schlechter Publicity oder gar Konsequenzen hätten: „Jeder Lehrer, der sagt, dass es auf seiner Schule kein Mobbing gibt, lügt.“

Mobbing ist ein wichtiges Thema, welches insbesondere für Kinder und Jugendliche eine ganz alltägliche Bedeutung hat. Das ist mir zuletzt im Bundestagswahlkampf aufgefallen, als ich bei einer Podiumsdiskussion die Jungen Liberalen in einer Schule in Erkrath vertreten durfte. Als Schüler offene Fragen stellten und mitdiskutieren konnten, haben wir fast nur noch über Mobbing gesprochen und darüber, was die Politik dagegen machen könnte. Tatsächlich fiel keinem Vertreter eine zufriedenstellende Antwort für die Schüler ein. Aus liberaler Sicht hat bei diesem gesellschaftlichen Phänomen auch weniger der Staat eine Lösung parat. Es sind Initiativen wie die von Carsten Stahl, die zum einen das Tabuthema brechen und zum anderen zeigen können, dass Mobben nichts mit Toleranz, Respekt, Mut und der freien persönlichen Entfaltung gemeinsam hat. Eben genau die Werte, die wir als Junge Liberale insbesondere bei dem jungen Teil unserer Gesellschaft fördern und fordern wollen. So können wir gesellschaftliche Initiativen, die sich für mehr Aufklärung in den Schulen und eine höhere Sensibilisierung in der Lehrerschaft einsetzen, nur gutheißen und – wo nötig – fördern.

Auch deshalb haben unzählige Junge Liberale ein Plakat mit der Initiative Stahls unterschrieben und sich deutlich gegen Mobbing ausgesprochen. Aus diesem Grund sollten wir JuLis nicht nur im privaten Umfeld, sondern auch insbesondere bei Veranstaltungen der Jungen Liberalen, uns diese Grundsätze konsequent zu Herzen nehmen.

Alexander Steffen (24)
ist seit November Beisitzer im Landesvorstand und Mitglied im Bezirksverband der JuLis Düsseldorf. Erreichen könnt ihr ihn unter
alexander.steffen@julis-nrw.de

Unsere Neuen im Landesvorstand

Auf dem 89. Landeskongress im November in Bielefeld haben wir einige Landesvorstandsmitglieder nachgewählt. Wer sind die neuen im LaVo? Und was machen sie? Das kannst du hier nachlesen!

Léon Beck
Stellvertretender Landesvorsitzender für Presse & Öffentlichkeitsarbeit

Wie alt bist du? 22
Aus welchem Bezirksverband kommst du? Ruhrgebiet
Seit wann bist du bei den JuLis? Ich bin während des Bundestagswahlkampfes 2013 eingetreten.
Was bedeutet Freiheit für dich? Der Herr über mein eigenes Leben zu sein.

Jens Teutrine
Stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik

Wie alt bist du? Im Oktober bin ich 24 Jahre alt geworden.
Aus welchem Bezirksverband kommst du? Ostwestfalen-Lippe
Seit wann bist du bei den JuLis? Ich bin in der Bundestagswahl 2009 bei den Jungen Liberalen aktiv geworden. Wenn ich mich heute mit den vielen Neumitgliedern unterhalte, sagen die allermeisten, dass Christian Lindner sie motiviert hat, sich bei uns zu engagieren. 2009 war es bei mir ähnlich: Guido Westerwelle begeisterte mich für die liberalen Werte.

Was bedeutet Freiheit für dich? Dass Du selbstbestimmt über dein Leben entscheiden kannst und du dabei nicht willkürlichen Zwängen durch andere oder dem Staat unterworfen bist.

Maximilian Kemler
Landesschatzmeister

Wie alt bist du? 28
Aus welchem Bezirksverband kommst du? Münsterland
Seit wann bist du bei den JuLis? 2010
Was bedeutet Freiheit für dich? Freiheit bedeutet für mich Selbstverwirklichung. Diese individuelle Freiheit der Person ist Grundlage für eine liberale Gesellschaft und Antrieb des Fortschritts.

Niklas Adams
Beisitzer

Wie alt bist du? 22
Aus welchem Bezirksverband kommst du? Aachen
Seit wann bist du bei den JuLis? Seit Anfang 2016 bin ich bei den JuLis.
Was bedeutet Freiheit für dich? Freiheit bedeutet für mich, als einzelner Mensch oder als Gemeinschaft Verantwortung übernehmen zu können, um die eigenen Vorstellungen und Träume umzusetzen.

Constantin Borges
Beisitzer

Wie alt bist du? 22
Aus welchem Bezirksverband kommst du? Niederrhein
Seit wann bist du bei den JuLis? Bei den JuLis bin ich seit 2009.
Was bedeutet Freiheit für dich? Auf die Mündigkeit und Eigenverantwortung des Einzelnen zu vertrauen anstatt diesen durch Bevormundung und unnötige Einschränkungen zu gängeln.

Alexander Steffen
Beisitzer

Wie alt bist du? 24
Aus welchem Bezirksverband kommst du? Düsseldorf
Seit wann bist du bei den JuLis? Seit 2015.
Was bedeutet Freiheit für dich? Jeder definiert Freiheit anders. Genau dort lässt sich der Charakter von Freiheit erkennen. So kennt sie auch kein Modell, welches dem Menschen einen Lebensweg aufzwingt. Wir sind zu verschieden und unterschiedlich, um gezwungen zu werden, auf eine bestimmte Art und Weise glücklich zu werden.

Martin Bangard
Beisitzer

Wie alt bist du? 17
Aus welchem Bezirksverband kommst du? Köln-Bonn
Seit wann bist du bei den JuLis? Seit 2014.
Was bedeutet Freiheit für dich? Freiheit bedeutet für mich vor allem mein Leben eigenständig gestalten zu können.

Unsere Bundestagsabgeordneten

Seit der Bundestagswahl sitzen drei Junge Liberale aus Nordrhein-Westfalen im Deutschen Bundestag: Katrin Helling-Plahr, Katharina Klocke und Roman Müller-Böhm.

Sie haben sich unseren Fragen gestellt und auf den nächsten Seiten erfahrt ihr mehr über sie.

Katrin Helling-Plahr

Unsere MdBs

Welche Themenschwerpunkte möchtest du in der kommenden Legislaturperiode besetzen?

Als Rechtsanwältin und Fachanwältin für Medizinrecht interessiere ich mich insbesondere für Gesundheits- und Rechtspolitik. Einen der beiden Bereiche könnte ich mir als Tätigkeitsschwerpunkt also gut vorstellen. Aber bis zur Ausschussbesetzung ist es noch länger hin. Insbesondere finde ich es wichtig, dass auch Themen der jungen Generation im Bundestag Beachtung finden. Das können neben den Fragen der Generationengerechtigkeit z.B. im Bereich der Gesundheitspolitik Probleme wie der Ärzte- oder Hebammenmangel oder die Bekämpfung multiresistenter Keime sein, die gerade auch unsere Generation treffen werden, wenn nicht zeitnah gegengesteuert wird.

Wie wirst du die Interessen der JuLis im Bundestag vertreten?

So ähnlich wie früher auf LaKo und BuKo: Wenn ich etwas anders sehe als andere, dann sage ich das und trete für meine Sicht ein. Vielleicht mit etwas weniger Zimmerparties drumherum, dafür mit direkteren Ergebnissen. Letztlich machen wir als JuLis ja alle unsere Anträge und Beschlüsse, damit diese hinterher auch umgesetzt werden. Ich bin mir sicher, dass mehr JuLi-Programmatik dem Parlament und unserem Land nur gut tun kann. Deshalb werde ich auch zukünftig JuLi-Kongresse verfolgen und mit Freude besuchen (gerne auch die Zimmerparties).

Wie wirst du Nordrhein-Westfalen im Bundestag vertreten?

Bundestagsabgeordnete sind ja Vertreter des ganzen Volkes, nicht nur ihres Bundeslandes oder ihrer Partei. Ich finde aber schon, dass NRW in vieler Hinsicht mehr Berücksichtigung finden sollte. So darf das bevölkerungsreichste Bundesland etwa bei Infrastrukturmitteln nicht schlechter als andere bedacht werden. Dazu braucht man natürlich immer auch die entsprechenden Anträge und Planungen vor Ort – etwas, das dank der neuen Landesregierung jetzt endlich besser wird. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass man diesbezüglich einiges mehr wird herausholen können.

Was ist für dich der wichtigste Punkt, den die FDP bei einer möglichen Koalition sofort umsetzen sollte?

Nicht alle überragend wichtigen Punkte wären sofort umzusetzen. Das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz zwingt Facebook, Twitter und andere Plattformen in die –von ihnen nicht mal gewollte- Rolle, faktisch zu entscheiden, was online unter die Meinungsäußerungsfreiheit fällt und was nicht. Das Gesetz ist verfassungswidrig und für eine freie Gesellschaft kontraproduktiv. Es abzuschaffen wäre sofort zu realisieren. Stattdessen die Rechtsdurchsetzung durch Polizei und Justiz zu stärken muss eine unserer dringendsten Aufgaben in dieser Legislatur sein.

Katharina Klocke

Unsere MdBs

Welche Themenschwerpunkte möchtest du in der kommenden Legislaturperiode besetzen?

Mir sind die Innen- und Rechtspolitik sehr wichtig. Innere Sicherheit schaffen wir nicht durch mehr Gesetze, sondern durch mehr Personal und bessere Ausstattung der Polizei und Justiz. Wir brauchen keine Symbolpolitik von Heiko Maas.

Wie wirst du die Interessen der JuLis im Bundestag vertreten?

Als junge Abgeordnete sind mir die Interessen der jüngeren Generationen und damit auch die der Jungen Liberalen sehr wichtig. Ich werde mich für eine Politik, die auch die Belange der jüngeren Generationen endlich wieder beachtet, einsetzen.

Wie wirst du Nordrhein-Westfalen im Bundestag vertreten?

NRW ist das bevölkerungsreichste Land und ein wichtiger Wirtschaftsstandort in Deutschland. Jegliche Politik, die NRW schwächen könnte, ist eine schlechte Politik. Wenn die Wirtschaft in NRW geschwächt wird, schwächt es das ganze Land. Daher setze ich mich für eine starke Politik für NRW ein.

Was ist für dich der wichtigste Punkt, den die FDP bei einer möglichen Koalition sofort umsetzen sollte?

Es gibt einige wichtige Punkte, die sofort umgesetzt werden sollten und müssten. Unter anderem sollte die Abschaffung des Soli sofort umgesetzt werden. Nach den Prognosen für die nächsten Jahre steigen die Steuereinnahmen jährlich. Die Bürgerinnen und Bürger müssen endlich entlastet werden.

Roman Müller-Böhm

Unsere MdBs

Welche Themenschwerpunkte möchtest du in der kommenden Legislaturperiode besetzen?

Gerade bei Themen wie der Digitalisierung und der Mobilität muss dringend mehr getan werden. Es darf nicht sein, dass die Infrastruktur dem Bedarf des 21. Jahrhunderts nicht gerecht wird und man unterwegs keinen Zugang zu schnellem Internet hat. Insbesondere flexible Arbeitsmodelle werden so umso schwieriger und die Ungeduld, dass hier etwas passieren muss immer größer. Aber auch im Bereich der Rentenpolitik ist eine Veränderung zwingend notwendig. Das derzeitige System ist nicht für unsere heutige Bevölkerungsstruktur ausgelegt. Bei einem kritiklosen weiter-so wird der sprichwörtliche Karren vor die Wand gefahren.

Wie wirst du die Interessen der JuLis im Bundestag vertreten?

Insbesondere als Spitzenkandidat der JuLis-NRW ist es mir ein Anliegen das optimistische Weltbild der JuLis Nordrhein-Westfalen nach Berlin zu tragen. Ich möchte aktiv auf die Menschen zugehen statt abzuwarten, bis sie auf mich zukommen. Darüber hinaus werde ich wie ich es bei den JuLis gelernt habe keiner Diskussion aus dem Weg gehen und keine Debatte scheuen, sei sie noch so unbequem.

Wie wirst du Nordrhein-Westfalen im Bundestag vertreten?

Nordrhein-Westfalen hat enormes Potential. Selbstverständlich bin ich als Kind aus dem Ruhrgebiet eng mit Nordrhein-Westfalen verbunden. Ich möchte, dass man wieder stolz auf das Ruhrgebiet und NRW sein kann und wir das Land erfolgreich durch die Phase des Strukturwandels bringen.

Was ist für dich der wichtigste Punkt, den die FDP bei einer möglichen Koalition sofort umsetzen sollte?

Die FDP sollte selbstverständlich versuchen so viele Punkte wie möglich aus ihrem Wahlprogramm umzusetzen. Insbesondere in den Bereichen der Digitalisierung und in der Rentenpolitik gibt es Handlungsbedarf aber auch eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ist mehr als überfällig. Die Bürgerinnen und Bürger sollten wieder einen fairen Anteil an den Wachstums- und Wohlstandsgewinnen haben. Auf gar keinen Fall dürfen wir als FDP den Fehler aus dem Jahr 2009 wiederholen, als wir in kürzester Zeit einen Koalitionsvertrag geschlossen haben, der letztendlich eine schädliche Wirkung für uns besaß.

PRESSE-PINNWAND der Verbände

Herausforderungen EU

Am Sonntag, den 22. Oktober 2017 kamen die Jungen Liberalen aus dem Kreis Wesel in der Kaffeerösterei Moers zusammen, um gemeinsam über die Zukunft Europas zu diskutieren. Initiiert wurde diese Veranstaltung von dem Ressort Programmatik und Pressearbeit der Jungen Liberalen im Kreis Wesel.

Der erst kürzlich mit Constantin Borges als Kreisvorsitzenden neu bestätigte Kreisvorstand freute sich über die rege Teilnehmerzahl des programmatischen Stammtisches unter dem Thema „Gefahr der Spaltung in Europa“.

Unumstritten blieb die Aktualität des Themas, so hörte der Kreisverband einen ausführlichen Vortrag des langjährigen Mitglieds der Jungen Liberalen, Beret Roots, welche die Jungen Liberalen ebenfalls auf europäischer und internationaler Ebene in den jeweiligen Dachverbänden vertritt.
Diese äußerte sich zu ihrem letzten europäischen Treffen in Sofia, Bulgarien und auch zu der Krise in Spanien, die durch das Autonomiebestreben der katalonischen Gemeinde entfacht wurde und den Jungen Liberalen im Hinblick auf die Europäische Union Sorgen bereitet. Der Dialog zwischen den beiden Parteien müsse ausgeweitet werden, was ein Entgegenkommen sowohl seitens der spanischen Regierung, als auch der katalonischen Regierung erfordere. Einigkeit herrschte in einem Punkt definitiv: Gewalt sei unter gar keinen Umständen auf keiner Seite zu tolerieren.

Wortbeiträge der Kreisverbandsmitglieder ergänzten die Problematik einer Nichtmitgliedschaft in der EU des wirtschaftlich starken Kataloniens.

Im Nachhinein wurde lebhaft über ein verwandtes Thema diskutiert, nämlich über den anstehenden Brexit, sprich den Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU. Aktuelle Gespräche dauerten viel zu lange und wirkten auf den KV Wesel der Jungen Liberalen konzeptlos, was den Prozess leider zusätzlich erschwere.

Zum Abschluss der Meinungsbildung bedankte sich der stellvertretende Kreisvorsitzende Henrik Stachowicz für den gelungenen Abend, für die zahlreichen Beiträge und vor allem für die lebhafte Diskussion über die für die Jungen Liberalen so wichtigen Herausforderungen, die die Europäische Union bereithält. Im Anschluss lenkte er das Gespräch auf den bevorstehenden Landeskongress der JuLis in Bielefeld im November.

Für diesen bereitete der Kreisverband Anträge vor, unter anderem einen, in welchem die Mitglieder fordern, derartige Diskussionen über die EU auch in die Schulen zu übertragen, da die Zukunft Europas uns alle angehe.

JuLis Kreis Wesel formieren sich nach Bundestagswahl neu

Am 30. September 2017 fand der außerordentliche Kreiskongress der Jungen Liberalen Kreis Wesel im Vereinsheim des Meerbecker Sportvereins in Moers statt. Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Neuwahl des Vorstandes der FDP-Jugendorganisation im Kreis. Dabei freute sich dieser über eine außerordentliche Anzahl an Neumitgliedern und Gästen, sowie die starke Präsenz ihrer relativ neuen Ortsverbände Rheinberg und Dinslaken. Nachdem der bisherige Vorsitzende Simon Bremer (24) nach zwei Jahren im Amt angekündigt hatte, sich zukünftig auf seine Aufgaben als Ortsvorsitzender der FDP Schermbeck konzentrieren zu wollen, trat der Vorstand zur Versammlung geschlossen für Neuwahlen zurück.

Zum neuen Kreisvorsitzenden wurde einstimmig Constantin Borges (22, aus Moers) gewählt, der sich zuvor viele Jahre lang als Schatzmeister im Vorstand engagierte. Dieser bedankte sich bei Simon Bremer, der als kooptiertes Mitglied weiterhin den Kreisvorstand unterstützen wird, und den anderen ausscheidenden Mitgliedern. Ebenfalls nicht wieder angetreten ist die stellvertretende Kreisvorsitzende Helen Fuchs, die sich nun stärker auf die Leitung des Ortsverbandes der FDP in Voerde konzentrieren wird. Sie bleibt dem Kreisvorstand ebenfalls als kooptiertes Mitglied in der neu geschaffenen Aufgabe der Ombudsfrau erhalten. In den weiteren Wahlgängen wurden Stellvertreter, Beisitzer und ein neuer Schatzmeister gewählt. Unterstützung erhält der neue Vorsitzende nun von Torsten Sarodnick (22) aus Xanten als stellvertretender Kreisvorsitzender für Organisation, Helena Dünte (16) aus Moers, stellvertretend zuständig für Mitgliederbetreuung und Henrik Stachowicz (16) aus Moers als stellvertretender Kreisvorsitzender für Programmatik.

Henrik wird in der inhaltlichen Arbeit und Pressearbeit unterstützt vom neu gewählten Beisitzer Elias Sentob (16) aus Rheinberg. Weitere Beisitzer sind Philipp Jäger (24) aus Dinslaken, Timo Schmitz (20) aus Rheinberg und Patrick Heinich (25) aus Xanten.

Um die Finanzen wird sich in Zukunft Andreas Schneider (20) kümmern.

JuLis Moers wählen neuen Vorstand

Am Freitag, den 29.09.2017 erfolgte im Fiddlers Irish Pub der jährliche Ortskongress der Junge Liberale Moers. Hervorzuheben ist zum einen die zahlreiche Teilnahme der Mitglieder des Ortsverbandes und zum anderen die Unterstützung der umliegenden Ortsverbände neben Herrn Laakmann (FDP Moers) als Tagungspräsidenten. Der Abend endete mit einer anschließenden Bildungsveranstaltung. Es erfolgten die Entlastung des Vorstandes und die Neuwahlen. Als neuen Vorsitz dürfen die JuLis Moers mit großer Mehrheit Henrik Stachowicz begrüßen und die stellvertretenden Vorsitzenden Helena Dünte und Steffen Hoffmann. Als Pressesprecher und ebenfalls als stellvertretender Vorsitzender wurde einstimmig Cansin Terporten gewählt. Der amtierende Schatzmeister Constantin Borges bleibt auch in diesem Amtsjahr Schatzmeister der JuLis Moers und als Beisitzer werden Artur Ginsheimer, Davor Jamnik, Philipp Oberberg und Lennard Mross begrüßt.

JuLis Rheinberg

Die Jungen Liberalen Rheinberg waren mit einem Stand auf dem jährlichen Kastanienfest der Rheinberg Werbegemeinschaft vertreten. Dort wurde von den JuLis selbstgebackener Kuchen verkauft und interessante Gespräche geführt. Die Besucher waren augenscheinlich sehr zufrieden.

Den Gewinn von über 70,- Euro geht an die Rheinberger Tafel, wo das Geld definitiv eine gute Verwendung finden wird.

JuLis Westfalen-Süd

Der langjährige Bezirksvorsitzende der Jungen Liberalen Westfalen-Süd, Julius Will, hat sich entschieden, auf dem Bezirkskongress am 05. Oktober nicht erneut als Bezirksvorsitzender zu kandidieren. Damit endete die Amtszeit des am längsten aktiven Bezirksvorsitzenden in NRW nach über sieben Jahren. Julius, von allen Weggefährten für seinen Einsatz, seine Expertise und seine Art hoch angesehen, blickt traurig und zugleich stolz auf das Erreichte zurück.

Sein Erbe tritt Tobias Frese aus Arnsberg an.

JuLis OWL besichtigen Polizeischule

Gemeinsam mit Marc Lürbke, innenpolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, besichtigten die Jungen Liberalen Ostwestfalen-Lippe die Polizeischule in Schloß Holte-Stukenbrock. Ihnen wurde das umfangreiche Programm der Ausbildung für Polizeianwärter vorgestellt: Nahkampf- und Sportübungen, Antiterrortraining, Einsatzübung von Polizeikontrollen und Beweismittelaufnahme, Schießtraining sowie das Fahrtraining auf einem Parkour-Gelände. Der Besuch verdeutlichte den JuLis noch einmal, wie wichtig es ist, dass die Politik den Polizistinnen und Polizisten den Rücken stärkt. Auch der Vorschlag, die Polizeilaufbahn wieder für Realschüler zu öffnen, hat positiven Anklang gefunden

JuLis Minden-Lübbecke reaktiviert

Im Oktober gründete sich der Kreisverband der Jungen Liberalen Minden-Lübbecke offiziell neu. Als neuer Vorsitzender wurde der 23-jährige Maschinenbaustudent Nils Klähn gewählt. Er blickt optimistisch auf die Zukunft der liberalen Jugendorganisation im Mühlenkreis: „Seit Anfang des Jahres konnten wir unsere Mitgliederzahl mehr als verdoppeln und bereits einen lebendigen Ortsverband in Bad Oeynhausen aufstellen. Ich freue mich, dass viele junge Menschen unsere liberalen Werte teilen, die Zukunft gestalten wollen und sich bei uns engagieren.“ Auch der örtliche FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler, früher, unter anderem als Bezirksvorsitzender der JuLis OWL, selbst aktiv bei den Jungen Liberalen, gratulierte dem Nachwuchs zur erfolgreichen Gründung und freute sich über viele mutige Impulse. Komplimentiert wird der Vorstand durch seine Stellvertreter Phillip Maschmeier, Mina Rescho, Fabian Müller und Alexander Brandt . Den Vorstand unterstützen die Beisitzer Alexander Picard, Christian Schmidt, Tim Fahrenkamp und Denis Gomer.

Gründung JuLis-Ortsverband Dülmen

Am Sonntagabend, 05.11.2017 trafen sich die Mitglieder der Jungen Liberalen in Dülmen. Sebastian Schulze Bisping eröffnete als Kreisvorsitzender der JuLis die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Mit dem Beschluss einer Ortsverbandssatzung konnte ein offizieller Ortskongress abgehalten werden.

Zum ersten Vorsitzenden der Jungliberalen wurde einstimmig Alpay Alkin gewählt. Der 15-Jährige ist Schüler der Hermann-Leeser-Realschule und möchte insbesondere für die Jugendlichen etwas bewegen. In Sachen Freifunk möchte er aktiv werden und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche in der Kommunalpolitik erwirken.

Zum Stellvertreter wurde ebenfalls einstimmig Calvin Surholt, 17 Jahre und Anlagenmechaniker, gewählt, der sich in Sachen Glasfaser stark machen möchte. Merle Ring, 15 Jahre, wurde ebenfalls zur Stellvertreterin gewählt, die auch Schülerin der Hermann-Leeser-Realschule ist. Sie möchte zum Thema Tierschutz aktiv werden.

Steffen Wardemann, 27 Jahre, Studienreferendar und Musiker möchte die Möglichkeiten des IGZs und dem Vereinsleben ausloten. Er wird Schatzmeister und Schnittstelle zum FDP-Ortsverband.

"Geschäfte sollen selbst entscheiden"

In der Viersener Innenstadt ist bald verkaufsoffener Sonntag. Für die Jungen Liberalen (JuLis), die Nachwuchsorganisation der FDP, ist das nicht genug.

"Die JuLis im Kreis Viersen begrüßen dies, da dadurch nicht nur der Einzelhandel durch höheren Umsatz profitiert, sondern der Sonntag nun für den gemeinsamen Einkauf genutzt werden kann", teilte Eric Scheuerle, Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen, gestern mit. Jedoch fordern die JuLis darüber hinaus, die Läden nicht nur an einigen wenigen ausgewählten Sonntagen zu öffnen, sondern die Ladenöffnungszeiten flexibler zu gestalten: Jedes Geschäft solle selbst entscheiden können, wann es öffnet und schließt. "Auch das Arbeitsverbot an Sonn- und Feiertagen ist antiquiert und soll durch eine Regelung mit flexiblen Mindest-Urlaubstagen ersetzt werden", so Scheuerle: "Nur wenn der Einzelhandel selbst entscheiden kann, wann er öffnet, kann er in einem fairen Wettbewerb mit den großen Onlineversandhändlern stehen."

JuLis Ennepe-Ruhr wählen neuen Vorstand

Die Jungen Liberalen Ennepe-Ruhr trafen sich am Sonntag, den 12. November, im Holschentor Hattingen zu ihrem Kreiskongress mit Vorstandswahlen. An der Veranstaltung nahm, neben vielen prominenten Gästen aus den Reihen der FDP, auch Hattingens Bürgermeister Glaser teil.

Zum neuen Vorsitzenden wählten die Mitglieder den 24-jährigen Medizinstudenten, Robin Berg aus Hattingen, der zuvor für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig war. Seine Stellvertreter sind Jan Syring, Anna Neumann und Daniel Böhler. Als Beisitzer wurden zudem Gideon Berg, Lina Stens und Simon Koopmann gewählt und als Schatzmeister wurde Nils Gerlach bestätigt.

In seiner Antrittsrede betonte der neue Vorsitzende Robin Berg: „Nach den erfolgreichen Wahlkämpfen können wir nun die vielen neu gewonnenen Potenziale nutzen, um auch im Kreis aktiv eine zukunftsgerichtete Politik für junge Menschen zu gestalten. Denn Erneuerung und Verbesserung sind Prozesse, die nie zum Stillstand kommen. Durch konsequente Arbeit aber auf Dauer unseren Erfolg garantieren können.“

Der Landtagsabgeordnete der FDP, Bodo Middeldorf kommentiert die Wahl im Anschluss: „Mit Robin Berg an der Spitze untermauert die engagierte und kompetente Führungsmannschaft ihren liberalen Gestaltungsanspruch. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit und einen intensiven politischen Dialog.“

Bürgermeister Glaser lobte in seinem Grußwort das Engagement der jungen Politiker und forderte nach seinem Besuch beim Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ mehr Solidarität mit finanziell schwachen Kommunen und warb im Zuge der niedrigen Zinsen auch für einen Altschuldenfond.

Feel the Freedom an der Kemnade

Am Sonntag, den 10. September, trafen sich die JuLis Ennepe-Ruhr am Kemnader Stausee, um den Passanten bei bestem Wetter mit Wassereis eine Abkühlung bei ihrem Sonntagsausflug zu verschaffen.

Als sich die Jungen Liberalen gegen 13:00 an der Kemnade (Ecke Heveney) trafen, sorgten sie bereits durch ihre auffälligen „Fortschrittmacher“ Shirts für neugierige Blicke. Ihr Ziel: Den Menschen das liberale Freiheitsgefühl zu vermitteln – „Feel the Freedom“ war der Name ihrer Veranstaltung. Auch einige Freigetränke wurden an die zahlreichen interessierten Passanten verteilt.

Natürlich durften politische Inhalte kurz vor der Bundestagswahl auch nicht fehlen. So warben die JuLis unter anderem für weltbeste Bildung, ein elternunabhängiges BAföG und die Legalisierung von Cannabis.

Wir suchen dich als Autor/in für die kommenden Ausgaben des julimagazins!

Du schreibst gern und möchtest das julimagazin grundsätzlich als Autor/Autorin unterstützen, bist dir aber noch nicht sicher, ob dich die Themen der nächsten Ausgabe interessieren? Dann lass' dich in unseren Autorenverteiler aufnehmen. Wir schicken dir vor jeder neuen Ausgabe die geplanten Themen und wenn etwas für dich dabei ist, kannst du uns Bescheid geben und mit dem Schreiben loslegen. Selbstverständlich kannst du uns auch eigene Vorschläge machen, wir freuen uns auf deine Ideen.

Melde dich einfach bei Benita (benita.henning@julis-nrw.de)!

Frohe Feiertage und alles Gute im neuen Jahr – wünscht Ihnen ERGO.

ERGO
Versichern heißt verstehen.

Generalagentur
Sebastian Stachelhaus

02151 65 35 65 3
0179 469 1889
sebastian.stachelhaus@ergo.de
www.ergo-stachelhaus.de

liberaler
mittelstand
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Das Wichtigste,
das Du in Deinem Leben machen solltest,
ist nicht das Leben eines anderen zu behindern.

Frank Zappa

Damit Dein Start-up durchstarten kann,
setzen wir uns für Dich ein.

Olaf in der Beek
Landesvorsitzender
des Liberalen Mittelstands NRW

www.Liberaler-Mittelstand.nrw

Liberaler Mittelstand Nordrhein-Westfalen e.V. - Landesgeschäftsstelle, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon: 0211. 49 70 940, Fax: 0211. 88 25 31 237, E-Mail: info@liberaler-mittelstand.nrw

Gestaltet durch BTW MARKETING Agentur für visuelle Kommunikation, www.btw-marketing.de